

Vortrag von Dr. Angelos Giannakopoulos auf der Veranstaltung „Kann die Türkei ein Teil der EU sein?“ von EATA Baden-Württemberg und LTDV Baden-Württemberg e.V. am 27. Mai 2003 im Turmforum Stuttgart.

Europäische Union, Türkei und die Frage einer europäischen Identität

von Angelos Giannakopoulos, Universität Konstanz

Meine Damen und Herren,

ich werde mich bei meinen Ausführungen bezüglich der Thematik: „Europäische Union, Türkei und die Frage einer europäischen Identität“ an den Fragen orientieren, die die Organisatoren dieser Veranstaltung an mich gestellt haben und deren Beantwortung sie doch von mir gewissermaßen erwarten.

Die erste Frage, die mir gestellt wurde und deren Beantwortung nicht nur einen Vortrag, sondern eine ganze Abhandlung in Anspruch nehmen könnte, lautet: „Passen EU und die Türkei kulturell zusammen?“. Diese Frage, so wie sie formuliert ist, kann ich mit einem deutlichen nein beantworten! Empfinden Sie meine negative Antwort als irritierend, so liegt es nicht an mir, sondern an der in dieser Form gestellten Frage. Denn, man kann bekanntermaßen auf falsch gestellte Fragen nur falsche oder eben irritierende Antworten bekommen. Würde ich diese Frage in der gleichen Form und auf der Basis eines alltäglichen Verständnisses von „Kultur“ weiterführen, so würde ich fragen: „Passen die EU-Mitgliedsstaaten Schweden und Griechenland kulturell zusammen?“. Natürlich nicht. Ist von einer kulturellen Kongruenz zwischen Ländern wie England und Italien auszugehen. Auch nicht! Um überhaupt in der Lage zu sein auf eine in dieser Form gestellten Frage eine halbwegs befriedigende Antwort zu geben, muß man sie unentwegt entwirren. Um dies zu tun, werde ich zunächst eine Festlegung der Begriffe „Kultur“ und „europäische Identität“ vornehmen. Ich stütze mich dabei auf das kultur- und wissenssoziologische Verständnis dieser Begriffe, wonach: Identität nicht etwas *subsantielles*, sondern etwas *relationales* und *prozeßhaftes* darstellt. Identität stellt somit keine analytische, sondern eine zu erklärende Kategorie dar.¹ Ich gehe ebenfalls von einem Begriff von Kultur aus, wonach: Kultur Gegensätze nicht in sich aufhebt, sondern immer und notwendig Widersprüche, Ungereimtheiten, Spannungen und Konflikte in sich trägt.²

Meine Ausführungen gliedern sich in zwei Teile: in einem ersten Teil werde ich mich mit der grundsätzlichen Frage beschäftigen: ist die Europäische Union überhaupt auf eine gemeinsame Identität angewiesen? Ich werde mich dann bemühen Diskurse über eine europäische Identität und

¹ Vgl. Peter Berger/Thomas Luckmann: Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie. Frankfurt/Main 1989.

² Vgl. Winfried Gebhardt Vielfältiges Bemühen. Zum Stand kultursoziologischer Forschung im deutschsprachigen Raum. Debatten der Sektion Kultursoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, Homepage der Sektion im Internet: www.soziologie.uni-freiburg.de/kuso-dgs/debatte/index.htm

ihre Bestandteile zusammenzufassen, um sodann Grundannahmen dieser Diskurse dem relationalen und prozeßhaften Verständnis von Identität und Kultur gegenüberzustellen. Ich werde dann innerhalb dieses ersten Teils vor dem Hintergrund einer kritischen Demokratietheorie versuchen, die Hauptelemente einer genuin europäischen politischen Kultur zu erschließen. Im zweiten Teil wird es sodann darum gehen, angesichts eines EU-Beitritts der Türkei zu bestimmen, was denn diese Option für die Bestimmung einer europäischen Identität bedeuten würde. Realpolitische Aspekte eines künftigen Beitritts der Türkei in die EU werden zum Schluß ebenfalls zur Sprache kommen und an den Beziehungen der Türkei zu Griechenland und zum unmittelbaren Beitrittskandidaten Zypern konkretisiert.

I.

Europäische Union und europäische Identität

Die grundsätzliche Frage, die angesichts der Bestimmung einer europäischen Identität gestellt werden muß, lautet: ist denn die Europäische Union überhaupt auf eine gemeinsame Identität oder auf ein Kollektivbewußtsein angewiesen? Denn es ist deutlich: die Maximierung des gegenseitigen Nutzens innerhalb der verschiedenen institutionellen Formen, die die europäische Systemintegration in den letzten 50 Jahren erfahren hat – Montanunion, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft - hat zugegebenermaßen auch ohne die Vorgaben einer europäischen kulturellen Identität funktioniert. Selbst die derzeitige Europäische Union nach Maastricht ist weit davon entfernt „einen umfassenden und finalen Bezugspunkt zur Herausbildung einer kollektiven europäischen Identität (zu bieten)“.³

Dennoch: Die Europäische Union betrachtet sich selbst nicht als ein institutionelles Gefüge, das seine Existenz ausschließlich ökonomischen, strategischen etc. Erwägungen verdankt. Das „europäische Kulturabkommen“ von 1954, die „Erklärung zur europäischen Identität“ von 1973 – von den Rahmenbedingungen ganz zu schweigen, die auf die Bewahrung und gemeinsame Verwaltung des europäischen kulturellen „Erbes“ hinauslaufen und darüber hinaus in relevanten Förderungsmaßnahmen ihren Niederschlag finden – wollen an den Tag legen, daß verwaltungsspezifische Regelungen, die beispielsweise den Butterpreis, die Fischfangquoten, den berühmt-berüchtigten Krümmungsradius der EG-Banane, die genaue Normung des „Euro-Apfels“ oder die Ausgleichszahlungen im Rahmen von Kohäsionsfonds betreffen, nicht das *primum movens* europäischer Systemintegration darstellen.

Die Europäische Union möchte mehr sein als ein Konsumenten- und Produzentenmarkt. Sie will von den Bürgern akzeptiert und legitimiert werden. Europäische Identität sollte als eine neue (kollektive) Dimension verstanden werden, um Nationalismus und Rassismus in Europa zu überwinden, ohne dabei in puren Ökonomismus und Institutionalismus zu verfallen.⁴ Das

³ Vgl. Raner M. Lepsius: Die Europäische Union. Ökonomisch-politische Integration und kulturelle Pluralität, in: Viehoff/Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Frankfurt/Main 1999, S. 201-223, S. 201.

⁴ Frank Pfetsch: Die Europäische Union. Eine Einführung. München 2001.

vorgegebene Ziel ist dabei deutlich: eine europäische politische Union. Somit ergibt sich meine *erste Prämisse*: Die vertraglich in der EU angegebene Vorgabe einer politischen Union bedeutet zwangsläufig den Übergang vom Modell einer institutionellen, ökonomisch-rechtlichen zum Modell einer vernetzten und dezentralen Integration, die unter anderem auch *kulturell* zu bestimmen ist.

Lassen Sie mich darüber kurz feststellen, daß das stärkste Hindernis auf das diese Perspektive stößt, ist der stark ausgeprägte technokratisch-bürokratische Charakter der EU, der die Bestimmung einer sozio-kulturellen Symbolik erschwert, die hierin unverzichtbar wäre. Trotz der stark mythologisierenden Darstellung Europas als wertegemeinschaftliche, gemeinschaftsidentitäre „politische Religion“ und trotz einer gewissen Ritualisierung von Prozessen ist der Versuch zur künstlichen Erschaffung einer sowohl formalen als auch inhaltlichen europäischen Symbolik – europäische Fahne, Hymne, Europapaß, EU-Führerschein, europäische Veranstaltungen, gemeinsame Währung, usw. - eher als oberflächlich und von einem substantiellen gemeinsamen Handlungs- und Orientierungszusammenhang im wissenssoziologischen Sinne weit entfernt zu beurteilen. Denn erfaßt man Kultur als Programm, dann sind Riten, Symbole usw. nicht an sich wichtig, sondern ihre Interpretation und Bewertung in kognitiv-normativ-emotionalen Bezugssystemen.⁵ Diese Bezugssysteme sind innerhalb der Europäischen Union pluralistisch also uneinheitlich ausgestattet.

Diskurse über die Bestandteile einer europäischen Identität

Kommen wir nun zur Beschreibung von Diskursen über eine europäische Identität und zwar in ihrem sogenannten „maximalistischen“ Entwurf.

Wer die intellektuellen und politischen Dispute vor dem Kopenhagener Erweiterungsgipfel im Dezember 2002 über eine europäische Identität anlässlich der Bestimmung eines Datums zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufmerksam verfolgt hat, dem kann nicht entgangen sein, daß danach Ausschau gehalten wurde, welches die Prinzipien, Konstanten, Kontinuitäten und Gleichförmigkeiten eines gemeinsamen europäischen kulturellen Erbes sind. Diese Diskurse fanden Anschluß an eine seit längerer Zeit stattfindenden Diskussion, wonach die Konstanten eines europäischen kulturellen Wertsystems und einer gemeinsamen Identität im Sinne eines integrativen *consensus omnium* in den Grundprinzipien und Universalwerten der Antike und der daraus abgeleiteten liberal-demokratischen und humanistischen Gesellschaftsordnung verortet werden müssen. Nach Hobsbawm beispielsweise kann der eigentliche Gegenstand einer Geschichte Europas kein geographischer Raum und auch kein menschliches Kollektiv, sondern nur ein Prozeß sein; ein Prozeß, der das bisher beständigste spezifisch europäische Kulturerbe von der Antike bis heute hervorgebracht hat und das als wichtigster Bestandteil einer europäischen Identität erfaßt werden sollte: Das Erbe der Aufklärung. Diese Einsicht stellt innerhalb eines geeinten Europas

⁵ Vgl. Siegfried Schmidt: Kultur als Programm. Zur Diskussion gestellt, in: Viehoff/Segers (Hrsg.): Kultur, Identität, Europa. Frankfurt/Main 1999, S. 120-130.

keinen bloßen *modus vivendi*, sondern die unverzichtbare Basis eines übergreifenden Wertkonsenses dar.⁶ Das Problem hierbei ist, daß derart universalistische Grundsätze und Ideale nicht mehr nur für Europa oder seinen Mitgliedsstaaten gültig sind oder ausschließlich denen zugeordnet werden können.

Man muß sich ferner mit dem Sachverhalt konfrontieren, daß innerhalb der europäischen Kultur Schlüsselideen (Christentum, Humanismus, Vernunft, Wissenschaft) auch ihre Gegensätze hatten. Im Rahmen seines Konzeptes über die Wechselwirkung zwischen vielen „Dialogiken“, wie er sie nennt, die sich entweder miteinander verbunden haben oder eben im Widerstreit standen, entwickelt Edgar Morin in seinem Buch: „Europa Denken“ folgende Paarungen: „Religion/Vernunft; Glaube/Zweifel; mythisches Denken/kritisches Denken; Empirismus/Rationalismus; Existenz/Idee; das Spezielle/das Universale; Problematisierung/Neubegründung; Philosophie/Naturwissenschaft; humanistische Bildung/naturwissenschaftliche Bildung; alt/neu; Tradition/Evolution; Reaktion/Revolution; Individuum/Kollektivität; Immanenz/Transzendenz; Hamlet/Prometheus; Don Quichotte/Sancho Panza; etc.“⁷

Kulturelle Fragmentierungen, Spaltungen und Polaritäten innerhalb des europäischen Kontinents sind allgegenwärtig. Maximalistische Anstrengungen die kulturelle Identität Europas zu bestimmen führen unentwegt zur Erkenntnis, daß „Europa sich einfachen Definitionsversuchen entzieht. Zu kompliziert und zu widersprüchlich sind die historischen Entwicklungslinien; zu vielschichtig sind die Ergebnisse, zu vielfältig die politischen und kulturellen Faktoren, als daß man dies alles auf einfache, plakative Formeln verkürzen könnte“.⁸ Ähnliches stellt Rainer Lepsius fest, indem er lakonisch feststellt: „Europa ist schwer zu bestimmen“.⁹ Sir Ralf Dahrendorf konstatiert seinerseits, Europa sei eine Kopfgeburt. Dadurch komme ich zu meiner *zweiten Prämisse*: Angesichts der offensichtlichen Schwierigkeit eine europäische kulturelle Identität inhaltlich zu erfassen, führt kein Weg an einer methodologisch-terminologischen Trennungslinie zwischen den Begriffen „Europa“ und „Europäische Union“ vorbei. Europa mag wohl als Idee durch die Jahrhunderte europäischer Geschichte hinweg existiert haben, als Topos einer gemeinsamen kulturellen Identität aber existiert es sicherlich kaum. Der Begriff „europäische Identität“ in bezug auf ein historisch und kulturell verklärtes „Europa“ verkürzt außerdem den realen Tatbestand und geht an die tatsächliche Fragmentierung *europäischer Identitäten* vorbei, die sowohl nationaler als auch regionaler Natur sind.

Das relationale und prozeßhafte Verständnis einer europäischen Identität

⁶ Vgl. Eric J. Hobsbawm: Welchen Sinn hat Europa, in: Die Zeit, 01. September 2001, S. 54

⁷ Vgl. Edgar Morin: Europa denken. Frankfurt/Main 1985, S. 126.

⁸ Vgl. Werner Weidenfeld: Europa - aber wo liegt es?, in: ders. (Hrsg.), Die Identität Europas. München 1985, S. 13.

⁹ Vgl. Lepsius, ebd.

Kommt man nun zu einer Gesamteinschätzung bedeutender Wesenszüge der maximalistischen Argumentationsweisen über das Fundament einer europäischen Identität, so kann nichts von der Tatsache hinweg täuschen, daß die nationale Modellvorgabe maßgebend ist. Es geht um den Versuch, gesellschaftliche Kollektivierung auf einer nunmehr supranationalen Ebene anhand von gemeinsamen Merkmalen zu konstruieren, d. h. primordial homogene Räume zu schaffen.¹⁰

Oppositionell zu dieser maximalistischen Haltung wird dagegen behauptet, daß „Europas kulturelle Identität nicht allein in der Vielfalt zu suchen sei, sondern und sogar mehr noch in der Konfrontation von aufrechterhaltenen Spannungen zwischen Gegensätzen“.¹¹ Daher sei nicht nach einer dialektischen Zauberformel zur primordialen Synthese einer europäischen kulturellen Identität zu suchen, sondern nach einem Zugang zur Problematik, den man unter dem Begriff der „Dialogik“ zusammenfassen kann. Während nach einer dialektischen Begründbarkeit der Identität Selbstheit und Andersheit als eine unauflösliche Einheit gedacht werden, sind es einer dialogischen Verstehensweise zufolge gerade gegensätzliche, reflexive, transfunktionale und plurale Prinzipien, die Europa in gewissem Sinne „kulturgenetisch“ ausmachen. Dialogisches Verhältnis zwischen den einzelnen Bestandteilen des europäischen Integrationsprozesses bedeutet somit, daß diese sich verändern, wandeln, sich stets in Bewegung befinden. Stellt die Modellvorgabe eines dialektischen Verhältnisses dieser Bestandteile ein teleologisches Konzept dar, so läßt dagegen das dialogische Modell den Ausgang dieses immerwährenden Interaktionsprozesses offen. So muß die aktuelle Frage der Realisierbarkeit der Formel „Einheit in der Vielfalt“, die unmittelbar mit der Ausformung eines Europas der Bürger zusammenhängt, in entscheidendem Maße erweitert werden: „Der europäische Genius liegt nicht nur in der Vielfalt und im Wandel, sondern im (Wechselverhältnis) dieser Vielfalt..., (im) befruchtende(n) Aufeinandertreffen von Unterschieden, Antagonismen, Konkurrenzen und Komplementaritäten“.¹² Europäische Identität kann nur als vergleichende Identität denkbar sein. Zusammenfassend soll festgehalten werden, daß angesichts derzeitiger Konzeptionen europäischer Identität, eine gemeinsame kulturelle Identität nur als ein Konglomerat von Identifikationen mit teilweise unterschiedlichen Wertbeziehungen angesehen werden muß. Infolgedessen wird die Ansicht vertreten, daß eine Homogenisierung der kulturellen Identität für die Europäische Union nicht erforderlich ist. Es genügt eine Vermittlung der Wertbeziehungen einzelner nationaler Kulturen.¹³ Eine europäische praxisbezogene Kulturpolitik kann daher nur als „Übersetzungspolitik“ verstanden werden.

Es geht also nicht nur darum, wie sich kulturelle Identität durch Annäherung und Assimilation oder eben – und das ist leider immer der leichtere Weg - durch Abgrenzung entstehen ließe, sondern darum, wie die Bewertung der Differenzen zwischen heterogenen Kulturen in der Zukunft ausfallen wird. Europäische Identität wird eine stets neu zu konstruierende Identität sein müssen. Die entscheidende Frage der europäischen Zukunft wird somit sein, wieviel und welche

¹⁰ Vgl. Richard Münch: Kopf und Herz. Europäische Identitätsbildung zwischen globaler Dynamik, nationaler und regionaler Gegenbewegung, in: Hein-Dieter Wenzel (Hrsg.): Integration und Transformation in Europa. Bamberg 1999.

¹¹ Vgl. Thomas Buchheim: Einigung oder Assimilation? – Zwei Bilder von europäischer Integration, in: Europa und Europabilder. Universitätsverlag Heidelberg 2000, S. 18.

¹² Vgl. Wolfgang Lipp: Europa als Kulturprozeß, S. 609-626 in: ders., Drama Kultur. Berlin 1994, S. 622.

¹³ Vgl. Lepsius, ebd.

Verschiedenheit durch die symbolische Markierung einer Identität innerhalb des Identischen zugelassen wird.¹⁴ Europäische Identität muß als interkulturelle praxisbezogene Dialogfähigkeit und Kompetenz erfaßt werden. Da nicht deterministisch läßt dieser Prozeß freien Raum für geschichtliche Gestaltung und Kreativität. Nur unter dieser Voraussetzung sind innerhalb europäischer Systemintegration Institutionen zu schaffen, die die Ressource der Vielfalt erhalten, „egal ob bei Obstsorten, kulturellen Mustern oder auch politischen Herangehensweisen“. Der „interkulturelle“ Dialog soll daher als ein Lernprozeß verstanden werden, der eine Modifizierung und Umwandlung von Identitätskonzeptionen bewirken kann. Insofern ergibt sich meine *dritte Prämisse*: Der Prozeß der Identitätsbildung innerhalb der EU muß als ein „intersubjektiver“ und „dialogischer“ Prozeß zur Konstitution des „kollektiven Selbst“ aufgefaßt werden, und zwar auf der Grundlage einer praxisbezogenen interkulturellen Dialogfähigkeit und Kompetenz. Identitätsbildung kommt somit dadurch zustande, indem „problemorientiertes Kommunizieren und Handeln gemeinsame Horizonte und Erfahrungen und damit Gemeinschaft schafft. Die gemeinsam übernommene Verantwortung für angestrebte Problemlösungen generiert Solidarität. Die Geschichte gemeinsam bewältigter sozialer Problemlagen konstituiert im Laufe der Zeit eine demokratische politische Tradition und ein Kollektivbewußtsein“.¹⁵

Kritische Demokratietheorie und europäische Identitätsbildung

Diese Bemerkung und die Perspektive einer politischen Union weisen unmittelbar auf die Prämissen einer kritischen Demokratietheorie hin, die den institutionellen Rahmen zur europäischen Identitätsbildung im weitesten Sinne stellen können. Die weiter oben skizzierten maximalistischen und primordialen Haltungen können demnach einem vorpolitischen Verständnis von Gemeinschaft im Sinne einer Schicksalsgemeinschaft zugeordnet werden, worin die gemeinsame Herkunft, Sprache und Geschichte eine wichtig Rolle spielen. Relationale, dialogische Haltungen dagegen implizieren ein politisches Verständnis von Gemeinschaft, worin kollektive Identität nur in Verbindung zum demokratischen Prozeß gedacht werden kann. Im letzteren Fall hat also nicht das „Volk“, sondern die „Republik“ den Vorrang.¹⁶ Die Erfahrung des demokratischen Nationalstaates hat gezeigt, daß der Kreisprozeß zwischen Nationalbewußtsein und demokratischer Staatsbürgerschaft zu neuen Formen staatsbürgerlicher Solidarität geführt hat. Sie hat uns allerdings auch gelehrt, welche die empirischen Voraussetzungen es sind, die zu solchen Formen führen können. Auf den Prozeß einer europäischen Identitätsbildung übertragen, wären diese

¹⁴ Vgl. Klaus Eder: Integration durch Kultur? Das Paradox der Suche nach einer europäischen Identität, in: Viehoff/Segers (Hrsg.) Kultur, Identität, Europa. Frankfurt/Main 1999, S. 147-180.

¹⁵ Vgl. Eder Klaus/Cathleen Kante: Transnationale Resonanzstrukturen in Europa. Eine Kritik der Rede vom Öffentlichkeitsdefizit, in: Maurizio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften, in: KZfSS, Sonderheft 40. Opladen 2000, S. 306-332, S. 310.

¹⁶ Die Ausführungen innerhalb dieses Abschnitts beziehen sich auf den Artikel von Jürgen Habermas: Warum braucht Europa eine Verfassung?, in: Die Zeit, 27/2001 und auf Jürgen Habermas: Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt/Main 1994, S. 643 ff.

Voraussetzungen: 1. Eine europäische Bürgergesellschaft, 2. eine europaweite politische Öffentlichkeit und 3. die Schaffung einer gemeinsamen politischen Kultur.

Ich werde an dieser Stelle die Fragen nach der Existenz einer gemeinsamen europäischen Bürgergesellschaft und Öffentlichkeit, die ja innerhalb des einschlägigen wissenschaftlichen Diskurses besonders kontrovers diskutiert werden, ausblenden um mich auf die letzte Frage, die Frage nach einer gemeinsamen europäischen politischen Kultur zu konzentrieren, da ich dort die wichtigsten Anknüpfungspunkte zur Thematik Türkei sehe. Was sind also die relevanten und richtungsweisenden Elemente dieser politischen Kultur und was genau bedeuten sie in dieser Gesamtkonstellation im Hinblick auf den europäischen Identitätsbildungsprozeß ?

Die genuin europäische historische Erfahrung meine Damen und Herren, ist die Erfahrung der Ambivalenz. Diese schmerzliche Erfahrung aus Konflikten, Spannungen, Konkurrenzen, Feindschaften, Rivalitäten, Brüchen und Diskontinuitäten im europäischen Kontinent in ihrer sowohl innergesellschaftlichen als auch zeitlichen Dimension haben letztendlich all diejenigen abstrakten, rechtlichen Formen der staatsbürgerlichen Solidarität, die Einrichtung eines ideologischen und politischen Wettbewerbs der Parteien und die intellektuelle Aneignung von zum Teil gegensätzlicher Traditionen: Judentum, Christentum, Antike usw., ja den Januskopf der Moderne hervorgebracht. Die europäische Identität ist aber nicht ausschließlich in den Produkten dieser Errungenschaften zu sehen, sondern vor allem im schmerzlichen *Lernprozeß* deren Produktion selbst. Diese historische Erfahrung ebnet den Weg zu einer europäischen postnationalen Demokratie, innerhalb deren, wie auch immer im Detail gearteten, föderalen Strukturen¹⁷, sowohl die Anerkennung national-kultureller Differenzen jenseits einer bloßen Assimilation oder Koexistenz, als auch die Erschaffung von immer abstrakteren institutionellen Formen der „Solidarität unter Fremden“ zu gewährleisten sind. Damit komme ich zu meiner *vierten und letzten Prämisse*: Eine demokratische Gemeinschaft der Bürger kann nicht auf der Basis einer „fiktiven“ historischen Identität aufgebaut werden, sondern nur auf den gemeinsamen „Zukunftsvisionen“ von Menschen unterschiedlicher Kultur, denen es bewußt ist, daß sie den historischen Verlauf gemeinsam gestalten.

II.

Europäische Union, Türkei und europäische Identität

Nach der Festlegung dieser Prämissen komme ich nun auf die brennende, wenn nicht brenzlige Frage der Option eines EU-Beitritts der Türkei und auf seine Auswirkungen auf den Prozeß einer europäischen Identitätsbildung.

Meine Damen und Herren,

¹⁷ Vgl. hierzu Rüdiger Görner: Einheit durch Vielfalt. Föderalismus als politische Lebensform. Opladen 1996, Heiko Walkenhorst: Die Föderalisierung der Europäischen Union. Oldenburg 1997, Rudolf Hrbek: „Europäische Föderation“ als Leitbild für die EU?, in: Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung (Hrsg.): Europäischer Föderalismus im 21. Jahrhundert. Baden-Baden 2003, S. 178-195.

Die öffentliche Diskussion im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels im Dezember 2002 hat doch erneut gezeigt, daß gegenüber der Türkei im allgemeinen und gegenüber der Option eines Beitritts bewußte und insbesondere latente und unbewußte Vorurteile durchaus existieren. Sie ergeben sich hauptsächlich aus einem nebulösen historischen Gedächtnis, das in den letzten Jahrhunderten durch Konfrontationen und Konflikten jeglicher Art gekennzeichnet wurde. Als bestes Beispiel solcher historischer Relikte, die zwar fast kaum einem bewußt sind und dennoch dieses ambivalente Verhältnis kennzeichnen, soll an dieser Stelle folgendes historische Beispiel eingeführt werden. Ich zitiere. Bitte achten Sie dabei auf die Charakterisierung der Akteure. „In der Zeit der Herrschaft Mehmed II. und zwar im Juli des Jahres 1456 belagerte sein Heer mit zahlreichen Mörsern und Feldschlangen die Festung Belgrad. Doch entschied am 14. Juli 1456 der Angriff des christlichen Aufgebots, das aus Bauern, Bürgern, niederen Klerikern und Mönchen bestand und von Janos Hunyadi geführt, von dem asketischen Franziskanerprediger Giovanni di Capistrano in seiner Kampfmoral bestärkt wurde, den Kampf zugunsten der Christen. Die Türken wurden vernichtend geschlagen, die gefürchteten Jenitscharen im Straßenkampf niedergemetzelt. Der Triumph der Ungarn und der siegreiche Entsatz von Belgrad erregten im Abendland einen unbeschreiblichen Freudentaumel“.¹⁸ Anlässlich dieses Triumphes ordnete der Papst Calixtus III. (1455-1458) seitdem das Läuten der Kirchenglocken in allen katholischen Ländern Europas jeden Tag in der Mittagszeit an. Dieser Anordnung ist bis heute gültig. Dieses Beispiel ist ausreichend um eben unbewußte Vorurteilsstrukturen gegenüber der Türkei, die allenthalben wahrzunehmen sind, zu verbildlichen. Es kann gar keinen Zweifel darüber geben, daß solche Vorurteilsstrukturen zum Gegenstand einer tiefgreifenden Aufklärungs- und Entmythologisierungsarbeit in der breiten Öffentlichkeit werden sollen.

Doch ich komme zurück auf die Frage eines Beitritts der Türkei in die EU. Ich werde diese Frage vor dem von mir aufgestellten Hintergrund einer europäischen Identität als praxisbezogene Dialogfähigkeit und Kompetenz auf der einen Seite und vor dem Hintergrund einer gemeinsamen europäischen politischen Kultur auf der anderen Seite, die den Kern des europäischen Wertsystems ausmacht, erörtern. Zur Erinnerung: Dieser Kern, als wichtigster Bestandteil europäischer Identität, besteht mehr im schmerzlichen Lernprozeß der Entstehung genuin europäischer kulturpolitischer Errungenschaften, als in deren Endprodukt und Ergebnis.

Es soll doch als unhinterfragbar gelten, daß die Türkei die Grundsätze dieser politischen Kultur, so wie ich sie umrissen habe, auf sich selbst reflexiv anwenden muß. Die türkische Gesellschaft, mitunter Bürgergesellschaft, muß sich mit der Umsetzung bzw. Vertiefung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Menschenrechte weiterhin bemühen. Und zwar sowohl auf der verfassungs- und rechtsgebenden, also öffentlichen als auch auf der privaten Ebene mittels zivilgesellschaftlicher, deliberativer Strukturen. Es ist gerade diese Privatebene, also die Ebene einer alltäglichen Kultur, die im Gegensatz zur öffentlichen Sphäre weitgehend von der islamischen Tradition getragen wird,

¹⁸ Vgl. Friedrich Merzbacher: Europa im 15. Jahrhundert, in: Propyläen Weltgeschichte, Bd. 6, S. 373-428, S. 424.

die vielen angesichts einer Integration der Türkei problematisch erscheint. Die Diskussion über die Chancen der Ausformung eines europäischen oder gar europäisierten Islam wäre innerhalb dieses Rahmens fehl am Platze. Was hinsichtlich der Dimension einer europäischen Identität wichtiger ist und hierin in aller Kürze festgehalten werden muß, ist folgender Sachverhalt: sollten die Fortschritte der Türkei in bezug auf die Etablierung einer rechtsstaatlichen, demokratischen Ordnung unter Mitwirkung einer starken türkischen Zivilgesellschaft dazu führen – der Erfüllung der politischen, und wirtschaftlichen Kopenhagener Kriterien vorausgesetzt –, daß eine islamische Gesellschaft wie dies die türkische ist, sich mehrheitlich für die Zugehörigkeit zur EU entscheidet, so würde die Türkei der Union die Möglichkeit geben eine in der Geschichte einmalige Leistung zu erbringen. Die Union würde dadurch die immense Anziehungs- und Integrationskraft der europäischen Identität unter Beweis stellen und klare Zeichen einer genuin europäischen Kultur setzen. Damit sollte die Option eines Beitritts der Türkei in die EU nicht eingleisig, sondern als ein reziprokes Verhältnis angesehen werden. Somit verschiebt sich aber der Blickwinkel der Beurteilung eines künftigen Beitritts der Türkei in die EU von der in der breiten europäischen Öffentlichkeit vorherrschenden Erörterung „fiktiver“ kulturell-historischer Aspekte zu tatsächlichen Problemlagen hinsichtlich einer gemeinsamen politischen Kultur, die sowohl für die EU als auch für die Türkei eine echte Herausforderung darstellen. Nicht nur eben die Türkei, sondern auch die Union muß angesichts eines künftigen Beitritts der Türkei die Grundprinzipien einer genuin europäischen politischen Kultur auf sich selbst reflektiv anwenden, geht es darum, abstrakte, rechtliche Formen einer transnationalen bürgerlichen Solidarität zu erzeugen, die in der Lage wären, konkrete institutionelle Formen der „Solidarität unter Fremden“ zu gewährleisten ohne die Union Handlungs- und Entscheidungsunfähig zu machen. Dies stellt die größte Herausforderung für das künftige Vertragswerk der Union dar, und nicht die Erschaffung neuer Kulturgräber.

Die größte Verantwortung liegt aber diesbezüglich bei der türkischen Politik. Die türkische Politik hat ja stets die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Türkei auf der Basis ihres Beitrittskandidatenstatus gefordert. Die offizielle EU-Politik, die vor allem durch die Berichte der Europäischen Kommission als Hüterin der Verträge zum Ausdruck kommt, hat ja der Türkei diese Gleichbehandlung gewährt. Dies bedeutet aber gleichzeitig für die Türkei eine immense Verantwortung, die sie dadurch auf sich nimmt, ihre Strukturen den hohen Anforderungen anzupassen. In diesem Sinne stellt mein Kollege Esat Bozyigit aus der Universität Galatasaray in Istanbul mit dem ich im Rahmen unseres Forschungsprojekts: „Europäische Integration und kulturelle Denk- und Wahrnehmungsmuster“ an der Universität Konstanz zusammen arbeite, diesbezüglich fest, daß „in diesem Kontext die Zivilisierung bzw. Demilitarisierung der Politik für die türkische Zivilgesellschaft die größte Herausforderung darstellt“.

Realpolitische Aspekte eines EU-Beitritts der Türkei

Ich komme nun zur letzten Frage, die ich von den Organisatoren gestellt bekommen habe um somit meine Gedanken abzuschließen. Diese Frage betrifft realpolitische bzw. außenpolitische Aspekte

eines künftigen Beitritts der Türkei in die EU, namentlich die Beziehungen der Türkei zu Griechenland und ihre Einstellung zum Zypernproblem. Ende der 90er Jahre fand eine bedeutende Wende in der griechischen Türkeipolitik statt. Heute gehört Griechenland zu den stärksten Befürwortern eines EU-Beitritts der Türkei. Diese Wende war längst fällig. Die griechische politische Führung hat mittlerweile verstanden, daß man einen von nationalistischer Konkurrenz geprägten und durch historische Katastrophen überheizten Konflikt entschärfen kann, indem man dem „Kontrahenten“ eine langfristige ökonomische Perspektive bietet und ihn auf übernationale Normen und multilaterale, transnationale Entscheidungsstrukturen verpflichtet. Diese Perspektive zur Lösung von außenpolitischen Komplikationen zwischen Griechenland und der Türkei stellt ebenfalls einen Lösungsansatz bereit, was den Zypernkonflikt angeht. Ich betrachte diesen Konflikt als eine Chance für die Türkei. Die neuesten Entwicklungen auf der Insel machen doch deutlich, daß griechische und türkische Zyprioten in der EU-Mitgliedschaft den Katalysator für die Entstehung einer zweiten Republik sehen, die das gescheiterte Staatsprojekt der Vergangenheit neu begründen kann. Es bietet aber nicht nur die EU-Perspektive Zypern eine Chance. Genauso wie im Fall der Beziehungen zwischen der EU und der Türkei auch Zypern der Union die Möglichkeit, eine folgenreiche und exemplarische Leistung zu erbringen. Die Union würde durch die Mitgliedschaft eines föderalen zypriotischen Staates beweisen, daß sie in der Lage ist wesentliches dazu beizutragen, die politische und gesellschaftliche Integration zweier ehemals verfeindeter Gruppen auf eine Weise zu fördern, die ein Beispiel für ganz Südosteuropa werden könnte. Die Vollendung einer zypriotischen Föderation wäre also ein Projekt, das die Integrationskraft der europäischen Identität so nachhaltig demonstrieren würde, wie nirgendwo in Europa.¹⁹ Ein positiver Beitrag der Türkei in diese Richtung hätte sicherlich äußerst positive Auswirkungen auf die Perspektive eines Beitritts. Ein positiver Beitrag der Türkei zur Lösung des Zypernkonflikts, wenn möglich bis Mai 2004, hätte zunächst unmittelbar den nicht unwichtigen und psychologisch nicht unbedeutenden Effekt, daß somit türkisch zu einer offiziellen EU-Sprache würde. Wie aber im Fall einer Umsetzung der Prinzipien von Rechtstaatlichkeit und Demokratie wäre auch hier meiner Meinung nach, eine Zivilisierung bzw. Demilitarisierung der türkischen Außenpolitik oder zumindest ein Umdenken des kemalistischen Machtblocks in der Bürokratie und im Militär erforderlich.

¹⁹ Vgl. Niels Kadritzke: Europas letzter Mauerfall, in: *Le Monde diplomatique*, deutsche Ausgabe, 11. Mai 2003.